

Sigrid Skarpelis-Sperk

Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum

„ Griechenland – PIIGS – EURO ? Ungleichgewichte, Finanzmärkte und die Stabilität des Eurosystems “ 8./9.03.2010

Vom Griechischen Drama über die Europäischen Farce zur Tragödie Europas?

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich drei grundsätzliche Bemerkungen machen, bevor ich in der Sache auf die sich derzeit immer mehr zuspitzende griechischen Finanzkrise unter Einbeziehung der vorangegangenen zwei Referate von Herrn Wienhold von der NordLB und Professor Menkhoff von der Universität Hannover eingehe. Dabei bitte ich zu entschuldigen, dass ich Ihnen nicht wie die anderen Referenten mit umfangreichen Zeitreihen und Tabellen dienen werde – Herr Lange hat mich am vergangenen Freitagnachmittag für heute Montag angeworben.

1. **Ich habe noch nie in deutschen Medien eine so massive, zu einem erheblichen Teil kontrafaktische und darüber hinaus schmutzig-pornografische Kampagne gegen ein anderes Land, geschweige denn ein Mitgliedsland der europäischen Union erlebt –** öffentlich-rechtliche Medien eingeschlossen. Ziel waren dabei nicht nur unbezweifelbare Missstände in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands, sondern auch eine Generalkritik gegen „die Griechen“, vom Altertum über Byzanz bis in die Neuzeit mit sogar unverkennbar in einem Magazin mit rassistischen Untertönen. Die offizielle Politik schwieg dazu bis wochenlang in einer peinlichen Weise und auch dann war ihre Klarstellung gegenüber zwei, gelinde gesagt, verrückten Vorschlägen von zwei Parlamentariern aus den Regierungsfraktionen eher lahm. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich ein solch verzerrtes Generalurteil gegenüber einem anderen Land in Europa z.B. gegenüber Polen geleistet hätte.

2. **Griechenland hat ohne Zweifel erhebliche systemische Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft:**
 - eine aufgeblähte und ineffiziente öffentliche Administration, die unter allen Regierungen als Beschäftigungsagentur insbesondere im Bereich der Jungakademiker diene und dient.
 - Eine unzuverlässige, politisch weisungsgebundene statistische Berichterstattung mit dem Ergebnis geschönter Zahlen
 - Eine mit **20% sehr niedrige Steuerquote** (D: 23 %, OECD-Schnitt: 27%) mit einer laxen, bzw. offen korrupten Steuererhebung, bei der die oberen Mittelschichten, die Selbständigen und die Reichen de facto sehr wenig Steuern zahlten. Die Steuerquote war in den letzten 6 Jahren von 23 auf 20 % gesunken, übrigens unter dem öffentlichem Beifall der EU-Kommission in Brüssel
 - Eine **sehr hohen Anteil der Verteidigungsausgaben am Sozialprodukt** (deutlich über 4%), dem höchsten Anteil in der NATO. Deutschland hat dazu im Vergleich nur 1,5 %.
 - Qualitativ **unzureichende öffentliche Dienstleistungen** in den Bereichen Bildung und Gesundheit, die von den Bürgerinnen und Bürgern erhebliche private Zusatzausgaben erfordern. Die meisten der hier angeführten Schwächen, waren nicht Argumente in der anstehenden Debatte, weil sie eher die Arbeits- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und

Bewohner Griechenlands und die Einkommens- und Vermögensverteilung bzw. Gerechtigkeit in Griechenland betrifft. Wichtig für das Miteinander und das Funktionieren einer Gesellschaft – aber bedeutungslos für „die Finanzmärkte“ und die in ihnen bedeutsamen Akteure.

- Zudem und für die derzeitige Krise wichtig: es hat als schwächstes Glied der Euro-Zone hat es in den *letzten 10 Jahren robusten Wachstums* die **Gelegenheit nicht genutzt**, die Periode niedriger Zinsen seit dem Eintritt in die EURO-Zone zum **Abbau seiner hohen Staatsverschuldung zu nutzen**, die allerdings - was die Höhe angeht - durchaus auch Parallelen in anderen europäischen Ländern hat, man kann das an den Schaubildern, die Herr Remi Lallement vorgelegt hat, gut nachvollziehen.
3. Von all den von mir angeführten Schwächen war zwei bzw. drei Jahre zuvor in den Berichten der großen internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie OECD, IMF und EU nichts zu hören und zu lesen. Im Gegenteil :
- Geradema! 2 Jahre zuvor wurde Griechenland unisono von den oben genannten drei wegen seiner Deregulierungsagenda und seinem Fortschritt in „strukturellen Reformen“ gewürdigt.
 - Geradema! vor drei Jahren pries die OECD für die „second best performance of all industrialized countries“, dank den „structural reforms that have led to higher resilience“ und sein Wachstumspotential auf 4 % geschätzt. Die EU-Kommission lobte Griechenland für seine Privatisierungs – und Entbürokratisierungspolitik; Griechenland hatte gerade seinen Energie- und Telekomsektor privatisiert.
 - Im Jahre 2007 war der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BSP in Griechenland niedriger als in Deutschland und war für mehr als ein Jahrzehnt gefallen.
 - Das Volumen der griechischen Exporte war seit 1998 um 150% gestiegen und die Beschäftigung zwischen 1998 und 2007 stieg jährlich um 1,3% und die Arbeitslosigkeit fiel um 40 %. Die Lohnstückkosten waren stetig aber moderat gestiegen – vergleichbar denen der USA.

Die griechische Finanz-Tragödie - auf der politischen Szene dar gegeben als politisches Drama

In dem offiziellen Drehbuch der sich gerade abspielenden griechischen Tragödie - auch genannt der *drohende Staatsbankrott* oder die neutraler *die griechische Finanzkrise* – ist der Schuldige bereits bestimmt, die Handlung ist klar, der Ausgang unausweichlich, aber letztlich doch gerecht und moralisch erhebend.

Der **Schuldige** des Stückes ist Griechenland selbst: ein aufgeblähter öffentlicher Sektor, blühende Korruption, eine jahrzehntelange fiskalische Inkontinenz, teilweise von der Öffentlichkeit durch unverlässliche - um nichts Schlimmeres zu sagen - statistische Berichterstattung. Andere **Hauptrollen** spielen nachsichtige **europäische Politiker**, die das Land unter falschen Angaben in den EURO-Club eingelassen habe. *Kassandra* wird in dem Stück von der Europäischen Zentralbank gegeben, die vor der Überschreitung – wiewohl vergebens – der ehernen Gesetze der real existierenden Europäischen Währungsunion

gewarnt hatte. Staatsanleihenbesitzer, „die Märkte“, und fiskalisch kluge Länder spielen in diesem Drama die wichtige *Rolle des Chores* als *furchtlose (wenn auch verspätete) Sprecher der Wahrheit* an die *Macht*.

Charakterschwächen wie die harsche Realität der fiskalischen Rechnung treiben die Handlung unbarmherzig vorwärts: das Land wird in die EURO-Zone zugelassen. Es fehlt, seine Irrtümer zu ändern und lebt über seinen Verhältnissen. Das **Schicksal** interveniert in der Form der globalen Finanzkrise, die das Ausmaß der Charakterschwächen des Schuldigen unbarmherzig allen Augen enthüllt. Das Ergebnis ist ein tragisches Anwachsen von Arbeitslosigkeit und fallenden Einkommen.

Auch wenn der Schuldige das alles selbst zu tragen hat, dient die griechische Tragödie doch als wertvolle Lehre für die Bedeutung von fiskalischer Solidität und rechtzeitiger Umkehr, bevor es zu spät ist. Jeder Versuch, die Tragödie dem Betroffenen zu erleichtern, würde die wichtige Lektion abschwächen und andere ermutigen, die hellenischen Irrtümer zu wiederholen.

Die Aufführung Griechisches Drama ist also ein Moralstück, wie wir es ja häufig in der Literatur finden, von den Lafontaine' schen Fabeln bis zu den großen Dramen der deutschen und der französischen Klassik.

Die Aufführung hat nur, wie alle Dramen und Fabeln, zumindest drei ernsthafte Probleme:

Erstens, sie simplifiziert die Realität in gröbster Weise.

Zweitens, sie gibt denen, die an ihre eigene Tugendhaftigkeit glauben, ein ungerechtfertigtes Gefühl von Überlegenheit - um es nicht Hybris zu nennen - und macht sie damit blind für eigene Unzulänglichkeiten.

Drittens, und das ist das Wichtigste, sie dient als schreckliche Vorlage für künftiges Verhalten und Politik.

Um das Drehbuch näher an die Realität zu bringen, muss man folgende Fakten beachten:

- Griechenland ist sicherlich kein vorbildlicher Charakter, und sein politökonomisches Vorgehen hat sicherlich an einer Reihe von Stellen das Verdikt „schuldig“ verdient
- es ist aber ebenso **Opfer** wie unschuldiger **Passant**.
- Die **systemischen Fehler** habe ich bereits in der Vorbemerkung 2 beschrieben: aber sie sind in erster Linie ein Problem der griechischen Bürger, die diese politisch zu verantwortenden Umstände ertragen müssen und **nicht ein Zeichen für fiskalische Unverantwortlichkeit** als solche. Es wird auch *nicht klar*, warum **Anleihenmärkte gerechtfertigt** sind, sich *plötzlich* auf Griechenland zu stürzen. Eigentlich müssten Schuldbekennnis und öffentliche Bereitschaft zur Umkehr *umgekehrt* bewertet werden: wenn ein Land seine Staatseinnahmen durch Rückkehr zu einer höheren

Besteuerung und mehr Steuerehrlichkeit und – bessere Verwaltung lösen will, geht das in der Regel leichter, als wenn es seine Spielräume schon vorher ausgeschöpft hat. Oder anders gesagt: wenn Herzprobleme die Folge von Übergewicht und Völlerei sind, lässt sich das leichter durch eine ordentliche Ernährung und Bewegung lösen, als wenn es sich um etwa eine angeborene Herzschwäche handelte.

- Die **falschen Statistiken** sind natürlich unmöglich – auch wenn sich zunehmend herausstellt, dass die EU-Kommission und EUSTAT davon informell wussten und einer der größten Anleihenvermittler der Welt Goldman&Sachs das nicht nur wusste, sondern aktiv beim Verschleiern gegen eine Provision von 20% beteiligt war. Für mich sieht die Sache eher als ein Kuhhandel unter Insidern, denn als Betrug aus. Jüngst ließen übrigens Goldman&Sachs ihr eigenes Verhalten nach Jahren an die Presse durchsickern und spekulierten kräftig gegen ihren eigenen ehemaligen Kunden. Bei Anwälten heißt so etwas Parteienverrat.

Es gibt aber weit mehr **fundamentale Gründe**, die bezweifeln lassen, warum „die Märkte“ gerechtfertigt waren, sich plötzlich Griechenland herauszusuchen und es einzeln anzugreifen, warum plötzlich Griechenland so viel kreditunwürdiger als Spanien oder sogar auf demselben Niveau wie der Irak sein sollte.

Sicher, wie schon erwähnt, hätte Griechenland gut daran getan, die Zeit stärkeren Wachstums für eine fiskalische Konsolidierung zu nutzen – stattdessen hat es die Steuern für die Unternehmen und die oberen Einkommensbezieher gesenkt (das klassische neoliberale Rezept also). Außerdem zeigt ein kühler Blick in die „offiziellen“ Statistiken statt der momentanen Hysterie, dass die laufenden Haushaltsdefizite und Staatsschulden in Prozent des Sozialprodukts Griechenlands als Anteil am BSP sich fast exakt und parallel mit dem Durchschnitt der EU 15 bewegte und das seit Mitte der 90 iger Jahre, genauer 2-3% des BSP niedriger und etwa 30 Punkte höher bei der Staatsverschuldung. Diese Differentiale waren relativ stabil und reflektierten die Tatsache, dass Griechenland ein substantiell höheres Wachstum des BSP (Output gemessen in laufenden Preisen) als seine Nachbarn hatte und damit seine wiederholten höheren Defizite fiskalisch tragbar waren. Diese Differentiale waren sehr stabil. Auch die jüngsten Erhöhungen der Defizite waren auf 12% waren zwar sprunghaft, aber auch nicht schlimmer als die bekannten angelsächsischen Protagonisten – nämlich UK, Irland und USA. Sie sind nicht Ursache eines plötzlichen Sündenfalls, sondern in erster Linie Folge der weltweiten Finanzkrise einschließlich von Bankenstützung.

Gerne wird in diesem Zusammenhang **Griechenlands Rolle auf dem Balkan** vergessen. Griechenland hat in den vergangenen 15 Jahren eine zentrale Aufgabe als ökonomische Stabilisatorin und als Europas Dolmetscherin und Brücke zu dem Balkan gespielt und spielt sie noch immer. So sei nur kurz daran erinnert, dass schon in der zweiten Hälfte der 70 er Jahre grundlegende Reformen eingesetzt hatten, die Griechenland aus einem überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Land zu einer nicht nur im Verhältnis zu seiner Umgebung im östlichen Mittelmeer modernen, dienstleistungsorientierten Wirtschaftsation gemacht

hat. Vor allem Tourismus, Handel, Schiffsverkehr und Finanzdienstleistungen spielten eine zunehmend wichtigere Rolle. Dies war zu einem großen Teil den – nicht immer voll und gut genutzten -Kohäsionsfonds der EG zuzuschreiben. Seit Mitte der 1990er Jahre befand sich Griechenland bis zum Ausbruch der weltweiten Finanzkrise auf einem robusten Wachstumspfad, bei dem extensive Infrastrukturinvestitionen und Großereignisse wie die Olympischen Sommerspiele in 2004 eine bedeutende Rolle spielten. Aber auch sein zunehmend bedeutsamer werdendes Engagement in der Region hat Griechenland gegenüber seinen Nachbarn ganz neu aufgestellt. Griechische Unternehmen wie Banken, Telekommunikation und Bauindustrie wurden schon vor dem Eintritt in die Eurozone zu den größten Auslandsinvestoren auf dem westlichen und östlichen Balkan. Thessaloniki entwickelte sich wieder zur heimlichen Hauptstadt des Balkans wie schon vor dem ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung aus der die Griechen publizistisch zu wenig gemacht haben.

Griechenland hat Anfang der neunziger Jahre als erstes EU Mitglied mit direkten Außengrenzen zu den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien die Chancen und Potentiale in der Region erkannt. Dies äußerte sich nicht nur in hoher Investitionstätigkeit, sondern ebenso in diplomatischen Aktivitäten. Wenn die neuen Staaten wie Serbien, Montenegro, Mazedonien und Kroatien einen Fürsprecher hatten, die Europäische Perspektive dieser Länder zu formulieren, dann war das Griechenland, insbesondere unter dem Premierminister Simitis und seinem damaligen Außenminister G. Papandreuou. Der EU Gipfel von Thessaloniki in 2003 stellte erstmals ausdrücklich die Beitrittsperspektive der Nachbarländer fest.

Diese griechische Solidarität mit seinen Nachbarländern war beispielhaft für deren schrittweise Integration in europäische Strukturen und Institutionen.

Dies alles scheint in der gegenwärtigen öffentlichen, von der Boulevardpresse diktierten antigriechischen Hysterie vergessen. Auch die Tatsache, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten und die sprunghaft höheren Verschuldungsraten aller Industrienationen nicht verantwortungslosem Haushaltsgebaren, sondern der Weltfinanzkrise und den Stabilisierungsnotwendigkeiten im Finanzsektor und in der Realökonomie geschuldet sind, um ein Desaster wie die große Depression in den 30 Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu verhindern.

Wenige Monate zuvor, hatten wir auch noch allgemeinen und weltweiten Konsens, dass diese Krise nicht zuletzt dem Fehlverhalten jener Spieler „ der Finanzmärkte“ zu verdanken ist, die jetzt gegen Griechenland spekulieren. Heute dagegen wird der „schwarze Peter“ den üblichen Verdächtigen zurückgereicht: „der Politik“, dem öffentlichen Sektor und „ den unzuverlässigen Südländern“.

Aber zurück zur „Finanztechnik“:

Abgesehen von den Defizit- und Schuldenniveaus gibt es – darauf hat Herr Wienhold schon hingewiesen – zwei entscheidende fiskalische Nachhaltigkeits- Parameter: der Zinssatz und die (nominale) Wachstumsrate. Betrachtet man beide näher, steigen die Zweifel an der Heldenrolle der Gutmenschen im griechischen Drama:

Denn **Schulden wie Defizite** sind **leicht** finanziert, wenn die **Zinsen niedrig** sind. Bei gegenwärtig niedrigen Zinsen von etwa drei Prozent lassen sich die Zinszahlungen leicht managen. In Japan, dessen Schuldenstand am BSP über 200 % beträgt, lässt sich auch dort die Staatsschuld leicht bedienen, weil die BoJ, die japanischen Zentralbank systematisch auf einen niedrigen Zinssatz (1%) abzielt. Mit Zinssätzen näher an 10 % als an 3% beginnt natürlich die Gefahr von explodierenden öffentlichen Defiziten und letztlich Staatsbankrott.

Aber die plötzliche Erhöhung der Zinsen für Griechenland ist nicht etwa einer allgemeinen Zinserhöhung auf den Weltfinanzmärkten geschuldet, der plötzliche und massive Anstieg der sogenannten spreads, d.h. der Zinsdifferenz gegenüber den „sicheren“ deutschen Bundesanleihen ist ziemlich offensichtlich, Folge des Bestrebens mancher Akteure auf den Finanzmärkten „Renten“ aus der Krise ziehen, indem sie Krisen an die Wand malen und Spekulationen in CDS – also Kreditversicherungen - organisieren.

Bei gerade mal 5 Gesellschaften, die zu 90 % den CDS-Markt dominieren, ist es sicher keine Verschwörungstheorie, wenn man eine Kollusion der Beteiligten vermutet. Da Investoren immer Herdenverhalten zeigen, macht das Vorgehen des Fünfer-Clubs die Krise zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Und wenn der Club noch mit 10 weiteren Hedgefonds und Investmentbanken sich zu einem Abendessen in New York trifft, um sich abzusprechen – lt. Vorladung der SEC und der Staatsanwaltlichen Beschlagnahmeverfügung des Email-Verkehrs des Staates New York – so ist das Ergebnis nicht verwunderlich. Mit im Boot und immer das Spiel eröffnend sind die 5 großen Ratingagenturen. Deren schmähliches Versagen vor der Krise (ENRON, LEHMANN Broth u.v.a. mehr) hat erstaunlicherweise keineswegs zum Verlust ihrer Glaubwürdigkeit, ihrer Prüfungs- und Bewertungs-Privilegien geführt; haften tun sie – im Gegensatz zu Prüfungsgesellschaften prinzipiell ohnehin nicht. Wie sie Länder bewerten ist ebenso unklar. Sie sind zu einer Offenlegung ihrer Kriterien auch nicht verpflichtet. Das Selbstinteresse der Banken, bei solchen Spekulationen gegen ihre Kunden ist evident: nachdem sie den größeren Teil ihres Eigenkapitals verspielt haben, sind sie auf Extragewinne angewiesen sind und das in einer angeschlagenen Realwirtschaft über die Ausleihe von Krediten nur langsam geht, haben sie wieder auf breiter Basis wieder angefangen, riskant zu spielen und zu spekulieren. Am risikolosesten geht das heute anscheinend gegen Staaten.

Mit anderen Worten: **das Kasino ist wieder geöffnet zu Lasten der Steuerzahler und der kleineren Länder.** Für mich gilt das Wort von Talleyrand über das Verhalten der Bourbonen nach ihrer Rückkehr auf den Bajonetten der „Belle Alliance“ auch für die Banken nach der Krise: „sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“.

Es ist mir aber unverständlich, weshalb die Öffentlichkeit und die Politik so vergesslich sind, zu Lasten derer, für die sie Verantwortung tragen und zu Lasten der Staatshaushalte.

Griechenlands Finanzen waren bis vor kurzem relativ stabil, weil es ein schnelleres Wachstum(gut) als andere Länder in der Eurozone hatte und eine höhere Preissteigerungsrate (schlecht). Das letztere hat nun zu einem Verlust von Wettbewerbsfähigkeit geführt, der nicht mehr durch eine Abwertung versteckt werden kann und dies ist das Hauptproblem für den fiskalischen Ausblick. Auf den verweisen nun die Bundesregierung und die EZB und sagen, das Problem sei hausgemacht. Es gibt dabei nur ein Problem. Wettbewerbsfähigkeit ist relatives Konzept in einer Währungsunion: wenn Griechenland „über seine Verhältnisse“ lebte wie ein großer Teil des Südens der EU, so lebten die Länder des Nordens der Union, am sichtbarsten Deutschland „unter seinen Verhältnissen“. Wenn Griechenland, Spanien u.a. die EWU-Regeln gebrochen hatte, in dem ein Lohnwachstum über dem Produktivitätszuwachs zu ließ, so haben andere Länder ebenso spektakulär die Regeln gebrochen: Deutschland hatte über ein Jahrzehnt höhere Produktivitätssteigerungen als Lohnzuwächse , häufte gewaltige Exportüberschüsse auf und gewann systematisch Marktanteile auf Kosten auf Kosten Griechenlands und anderer „peripherer“ EWU-Länder. Dies wird von Remi Lallement gut belegt.

Die Einsichten von Keynes aus der großen Depression sind kläglich vergessen oder verdrängt: wenn jedes Land wie Deutschland handelt, wird das die gesamte EU in eine deflationäre Todesspirale treiben. Die Europäische Zentralbank sollte sich dreimal überlegen, was sie wirklich will und auch die Bundesregierung, ob sie eine Aufspaltung des gemeinsamen Binnen-Marktes in einen Süd – und einen Nordteil auch mit einer Aufspaltung des Währungsgebiets wirklich will.

Was man Griechenland vonseiten der EU und des IMF auferlegt hat, wird **nicht** zu einer **Verbesserung der Exportfähigkeit** Griechenlands führen – das vornehmlich auf dem Balkan investiert und exportiert – sondern in erster Linie zu einer **deutlichen Rezession in Griechenland**. Der Präsident des Griechischen Industrieverbandes hat sich jüngst deutlich gegen Lohnkürzungen im privaten Sektor ausgesprochen, mit der Erklärung, die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Industrie hänge nicht von den Löhnen, sondern von anderen Umständen wie z.B. unzureichenden öffentlichen Leistungen ab.

Wenn aber der Rest Europas auch gezwungen wird, auf das deutsche Rezept einzuschwingen: woher soll die Nachfrage kommen, die die griechischen Exporte bzw. der südlichen Länder speisen könnten? Das alte Rezept der Neoliberalen – niedrigere Löhne und Preise – hat schon einmal in der großen Depression der 30 er Jahre für alle Beteiligten – Staaten, Volkswirtschaften wie Menschen grausam versagt. Und ich sehe auch nicht, dass Bundesregierung und deutsche Wirtschaft die deutschen Gewerkschaften bitten würde, auf keinen Fall in den nächsten Jahren weniger als 5% real plus Tarifabschlüsse zu tätigen.

Werden zudem im Wege dieses unkoordinierten, dilettantischen Prozesses der derzeit abläuft, die griechischen Banken und die griechische Volkswirtschaft noch weiter angeschlagen, so wird das zudem zu einem massiven weiteren Einbruch auf dem ohnehin schon massiv getroffenen Balkanregion führen, mit schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die zu Unruhen, deutlich steigender Kriminalität und zu neuen Migrationswellen in Europa führen werden. Griechenland hat schließlich mit über 10 % den höchsten Anteil an Migranten in der EU. Es wird nicht mehr in der Lage sein, seine unbestritten stabilisierende Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft seiner Nachbarstaaten wahrnehmen zu können. Die Finanzierung der offenen und versteckten Protektorate in der Region kostet Deutschland und die EU schon heute nicht wenig. Hat die Bundesregierung bei all ihren markigen Sprüchen die Kosten eines Kollateralschadens des derzeit ablaufenden griechischen Dramas wirklich kalkuliert? Die einzige sinnvolle Absenkung der Staatsausgaben, die Senkung der Militärausgaben wird derzeit nicht diskutiert – auch nicht in der deutschen Presse. Verständlich: schließlich ist Deutschland der größte Rüstungslieferant in die Region des östlichen Mittelmeers und an jedem Rüstungswettlauf zwischen der Türkei und Griechenland massiv beteiligt.

Markanteilsgegnung durch eine sogenannte „interne Abwertung“ ist ohnehin bestenfalls ein Null-Summen-Spiel – schlimmstenfalls kommt es zu einer Stagnation, die den ganzen Kontinent erfasst. Man stelle sich einmal vor, dass es in allen Ländern des Südens der EU zu einer massiven Deflation und sehr hoher Arbeitslosigkeit käme. Das wäre eine historisch einmalige Zerreißprobe für die Wirtschafts- und Währungsunion Europa.

Dies hieße Europa von einer griechischen Tragödie über eine europäischen Farce zu einer europäischen Tragödie zu führen.

- **Deutschlands Steuerzahler** können in einem solchen **Worst Case - Szenario nicht gewinnen**, sondern **nur verlieren**: Jede erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage und erst recht ein Staatsbankrott, würde den deutschen Staat erheblich Geld kosten. Zum einen weil deutsche Banken nicht unerhebliche Mengen an griechischen Staatspapieren halten (etwa 35 Milliarden €), darunter vor allem die faktisch im Staatsbesitz befindlichen Commerzbank und HRE. Auch jede Abschreibung bei den gesünderen Banken kostet nicht unerhebliche Steuerausfälle. Eine allgemeine befristete Staatsgarantie für Griechenlands Anleihen, oder die Bereitstellung von koordinierten bilateralen Krediten durch Mitglieder der Euro-Zone unter Einschluss Deutschlands - wäre deutlich billiger gewesen. Die dieser Tage angekündigte Kreditlinie geht in diese Richtung, ist mir allerdings immer noch viel zu teuer. Warum muss der Bundesfinanzminister an der Hilfe für Griechenland auch noch kräftig, bei der niedrigsten diskutierten Summe – 150 Millionen pro Jahr - verdienen? Ich frage mich auch, warum hat es so lange gedauert? Musste so viel Porzellan in dieser Zeit zerschlagen werden, vor allem in Berlin?
- **Griechenlands Ökonomie gerät in eine schwere ökonomische und soziale Krise:**

Werden im Wege dieses unkoordinierten, dilettantischen Prozesses der derzeit abläuft, die griechischen Banken und die griechische Volkswirtschaft noch weiter angeschlagen, so wird das zu einem massiven weiteren Einbruch auf der ohnehin schon massiv getroffenen Balkanregion führen, mit meines Erachtens schlimmen wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die zu Unruhen, deutliche steigender Kriminalität und zu neuen Migrationswellen in Europa führen werden. Das dies auch Folgen für die deutschen Exporte haben muss, wird anscheinend übersehen.

- **Das Verhalten der EU-Kommission wie der Bundesregierung, zeigt ein eklatantes Politikversagen:**

die Zuständigen waren und sind der anspruchsvollen Aufgabe einer effektiven, europäisch koordinierten Antikrisenpolitik und einer Gegenwehr gegen spekulative Attacken gegen den EURO offensichtlich nicht gewachsen – hoffentlich noch nicht. Dies ist eine Einladung an Hedgefonds und andere Spekulanten, sich auf europäische Länder und Akteure zu stürzen.

Die Bundesregierung hat durch ihr Verhalten und schroffes Auftreten gegenüber Griechenland in der Öffentlichkeit die Situation nochmals deutlich verschärft: *Zuerst* wochenlanges Verschleppen durch die Propagierung von Vorschlägen wie dem EWF, der eine Vertragsänderung erfordert hätte – aller Erfahrung nach einem Verfahren von mindestens 5 Jahren Länge, *dann* wurden öffentlich von Griechenland „punitive“ Zinsen auf dem wucherischen Niveau der „Märkte“ d.h. der Finanzspekulanten verlangt, wobei jeder Kundige wissen musste und muss, dass dann die verlangte schnelle Konsolidierung keinesfalls erfolgen kann und schon gar nicht mit den aufgezwungenen Sparpaketen, die Griechenlands Wirtschaft notwendigerweise in eine tiefe Rezession führen müssen .

Desweiteren war aus Berlin zu hören, man könne aus Gründen der EU-Verträge und wegen des Deutschen Verfassungsgerichtes keine Hilfe an Griechenland gewähren, die Steuergelder erfordere. Das Signal an die Märkte war damit klar: „enrichissez vous“ auf Kosten der Griechen und Europas.

Ob das griechische Drama allerdings so enden muss, steht im Belieben derer, die das Stück schreiben und ob das Publikum/die Wähler nicht vorher eingreifen.

Wenn ich das Stück schreiben dürfte, sähe es folgendermaßen aus:

1. Die **Europäische Kommission, der Ministerrat und die EZB** erklären gemeinsam, dass sie Griechenland finanzielle Unterstützung gewähren und zwar zu Zinsen unwesentlich über den Bundesanleihen und sorgen damit dafür, dass die Finger der Spekulanten, die auf hohe Spreads gesetzt haben, gründlich verbrannt werden – auch um weitere spekulative

Attacken gegen Mitgliedsländer zu entmutigen. Und damit die Politik die Zeit bekommt, sich mit den zentralen Problemen der Gesellschaft statt mit Rettungsmaßnahmen gegen die Finanzpiraten zu befassen.

2. **Griechenland** akzeptiert eine **weitgehende Überwachung seiner öffentlichen Finanzen** und kündigt ein **Konsolidierungsprogramm** an, das einen möglichst begrenzten Effekt auf die Nachfrage hat (Konzentration auf Steuerhinterziehung und Vermeidung sowie Verschwendung durch schlechte öffentliche Verwaltung) und sich in erster Linie auf die Erzielung fiskalischer Überschüsse und den Abbau von offensichtlicher Verschwendung konzentriert. Seine Löhne steigen für einige Jahre nicht bzw. schwächer als der Durchschnitt der EU.
3. Ein **größeres gemeinsames europäisches Budget** mit mittelfristiger Perspektive, um gezielt den Balkan vor einem ökonomischen, sozialen und politischen Kollaps zu bewahren.
4. Es wird ein gemeinsamer **EUROBOND** etabliert, um die Spekulation gegen die Staatsanleihen auch mittelfristig zu brechen und selbsterfüllende Katastrophenprophezeiungen im Ansatz zu entmutigen.
5. Bildung einer **europäischen Ratingagentur**, um das Monopol der angelsächsischen Agenturen zu brechen.
6. Die **Europäische Zentralbank** respektiert nicht nur den Unionsvertrag, sondern **schützt die Liquidität und Solvenz der Mitgliedstaaten ebenso** wie gestern und heute die des **privaten Bankensektors**. Die EZB hält und beleiht „toxic assets“ der privaten Banken; das ist kein Gnadentakt, sondern selbstverständlich, wenn sie das den weit weniger toxischen Staatsanleihen gewährt.
7. Beendigung des Rüstungswettlaufs im östlichen Mittelmeer: Deutsche und europäische Diplomatie hilft **Griechenland und der Türkei**, ihre Verteidigungsausgaben massiv zu reduzieren, auch wenn das der deutschen Industrie Aufträge kostet. Kanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Westerwelle hören auf, Griechenland öffentlich und intern zu bedrängen, Eurofighter zu kaufen.
Dazu gehörte eine förmliche Garantie der Außengrenzen der EU bei einem unprovokierten Angriff durch die Mitgliedsländer der Europäischen Union und eine diesbezüglich klare Ansage an die Türkei auf allen Ebenen. Auch die Türkei kann bei der Beendigung dieses törichten Rüstungswettlaufs nur gewinnen.
8. **Deutschland gibt nicht** nur anderen **gute Lehren**, sondern packt seine **eigenen Probleme** und die **Europas** mit einem großen Investitionsprogramm für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Umwelt, Klima, Gesundheit und Vorbereitung auf den demografischen Wandel – intelligente Dienstleistungen sind wichtiger als nur Stahl und Beton. Das schafft Beschäftigung, das schafft Zukunft. Wer sich die riesigen Defizite Deutschlands im Bildungsbereich ansieht, kann sofort einsehen, dass unsere Achillesferse dort liegt und wir auf dem Bildungsgebiet die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und unserer Kinder verspielen. Aber außer wohlfeilen Sonntagsreden kommt da aus der Politik und erst den Finanzministern nur Vertröstung ad Kalendas Greca.

9. **Wie Finanzieren?** Die Finanzierung sollte mittelfristig von jenen geleistet werden, die das Geld der Staaten im Spielkasino der Welt verspekuliert haben.

Wenn sich die Einkommens- und Vermögensverteilung weltweit wieder in Richtung der Werte der 60er und 70 er Jahre verändert, sei´s drum: Weniger Maserati, private Jets und Yachten und Gucci-Täschchen, stattdessen mehr Lehrer, anständige Lehre, Gesundheit und Pflege vor allem eine bessere Umwelt. Wäre das nicht die bessere Alternative?

Literatur:

Jens Bastian: Why the Greek Crisis Matters to Southeast Europe. AthensPlus, March 26th 2010.

Jens Bastian, Greece in Southeast Europe, Political Opportunities and Economic Challenges, Friedrich Ebert Stiftung, Februar 2010.

Peter Bofinger, Februar 2010, Vortrag gehalten auf der Jahrestagung des ZVEI, unveröffentlichtes Manuskript

Heiner Flassbeck, und Friederike Spiecker, Lohnpolitische Konvergenz und Solidarität oder offener Bruch, eine große Krise der EU ist nahezu unvermeidlich, Wirtschaftsdienst, März 2010

Gustav Horn u.a., IMK Policy Brief 3/2010, Einseitige Exportorientierung belastet Wachstum – Frankreich besser als Deutschland

Charles P.Kindleberger, Panics, Maniacs and Crashes: A History of financial Crises. Wiley 2005

Ronald Janssen, Greek bashing is hiding the obvious: monetary union urgently needs economic union, Global Labour Column, CSID, University of the Witwatersrand, 12.Febr.2010

OECD, Economic Survey of Greece 2007: Recent Performance and key Challenges

Sigrid Skarpelis-Sperk, Deutschland und Griechenland in der Weltwirtschaftskrise – Probleme und Herausforderungen , in : Hellenika, Jahrbuch der Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften. N.F. 4, 2009, S.1 ff

Andrew Watt, A Greek Tragedy or a European Farce, Time to Re-Write the Script, in: Social Europe Journal, 02/2010